Stadt bescheinigt sich genügend Bürgernähe

Die Zahl der Bürgerversammlungen wird zunächst nicht erhöht – Ehrenamtstag im Oktober

Von Johannes Viertlböck

Die Stadt ist fürs Erste bürgernah genug: Zu diesem Ergebnis sind die Mitglieder des Verwaltungssenats am Montag gekommen. Anlass der Diskussion war ein Antrag von Stadtrat Rudi Schnur (CSU), der darin grundsätzlich für jeden Stadtteil eine eigene Bürgerversammlung gefordert hatte. Bislang werden zwei bis drei Stadtteile zu einer gemeinsamen Versammlung zusammengelegt. Daran wird sich zumindest vorläufig nichts ändern.



Bei den Bürgerversammlungen – hier für die Stadtteile Schönbrunn sowie Peter und Paul – stellen sich Oberbürgermeister Hans Rampf und zahlreiche Referenten den Fragen der Landshuter. (Foto: LZ-Archiv/cv)

Gesetzlich ist die Stadt laut Walter Blaschke, stellvertretender Leiter des Hauptamts, nur zu einer Bürgerversammlung im Jahr verpflichtet. Auf diese Mindestzahl beschränke man sich ohnehin nicht. So seien 2011 vier Bürgerversammlungen vorgesehen, zwei davon wurden mittlerweile bereits abgehalten. Dass dabei Stadtteile zusammengelegt werden, sei nichts Neues, betonte er. „Das ist schon seit 1993 so. Und bisher hat es noch keine Beschwerden gegeben."

Bürgertreffs als andere Instrumente der Beteiligung

Zumal bei wirklich schwergewichtigen Themen andere Instrumente der Bürgerbeteiligung eingesetzt würden, sagte Blaschke. Er verwies auf die Bürgertreffs, beispielsweise zu den umstrittenen Projekten Tal Josaphat oder Westtangente. „Dabei geht der Oberbürgermeister da hin, wo's weh tut." Blaschke regte im ersten Beschlussvorschlag der Verwaltung demzufolge an, es bei den bislang vorgesehenen vier Bürgerversammlungen und den damit verbundenen Zusammenlegungen zu belassen.

Damit war Schnur nicht zufrieden. Er verwies darauf, dass es ihm nicht um die rechtliche Zulässigkeit der bisherigen Praxis gehe. Diese stellte er auch nicht infrage. Vielmehr erwarteten gerade die Bürger von eingemeindeten Stadtteilen, „dass sich der OB und die Verwaltung einmal im Jahr zu ihnen begeben". Schnur griff nach eigenen Worten eine von Bürgern mehrfach an ihn herangetragene Forderung auf: „Die Politiker sollten nicht nur in Wahlkämpfen, sondern auch während ihrer sechsjährigen Amtszeit näher am Bürger sein."

Seine CSU-Kollegin Prof. Dr. Gabriele Goderbauer-Marchner übte ebenfalls vorsichtige Kritik am bisherigen Vorgehen der Stadt. „Es sind wohl zu viele Stadtteile und damit auch zu viele Themen in einer Bürgerversammlung zusammengepackt worden." Der Kompromissvorschlag Goderbauer-Marchners, nur noch zwei Stadtteile zusammenzufassen und damit statt vier künftig fünf oder sechs Bürgerversammlungen pro Jahr einzuberufen, stieß bei den anderen Senatsmitgliedern auf Interesse. Auch bei Sitzungsleiter Bürgermeister Dr. Thomas Keyßner (Grüne), der Schnur ebenfalls „gute Argumente, die ich auch einmal vertreten habe" bescheinigte.

Soziales Ehrenamt: Bedarf steigt nach Wehrpflicht-Aus

Deshalb formulierte Blaschke einen neuen Beschlussvorschlag, dem der Verwaltungssenat einstimmig folgte. Demnach wird sich der Senat 2012 erneut mit dem Thema Bürgerversammlungen beschäftigen. Bei Bedarf soll die Anzahl der zusammengelegten Stadtteile verringert und die Zahl der Veranstaltungen erhöht werden.

Auf einhellige Zustimmung stießen auch die Planungen für den ersten Aktionstag für das soziale Ehrenamt. Beschlossen wurde dieser vom Verwaltungssenat schon im Juli 2010. Für den 15. Oktober dieses Jahr ist die Premiere vorgesehen, und zwar mit einem „Markt der Möglichkeiten". Die Stadt habe den Aktionstag gemeinsam mit der Freiwilligenagentur (Fala) entwickelt, sagte Walter Blaschke. „Der Tag soll dazu dienen, Interessierte an das soziale Ehrenamt heranzubringen. Außerdem können sich Vereine und Institutionen vorstellen."

Fala-Geschäftsführerin Dr. Elisabeth-Maria Bauer wies auf den steigenden Bedarf an Ehrenamtlichen hin. Schließlich sei mit dem Ende der Wehrpflicht auch das Ende des Zivildiensts gekommen. Umso wichtiger sei es, die Vielfalt des bürgerlichen Engagements zu zeigen, dieses zu würdigen und um zusätzliche Freiwillige zu werben.